

**Kemp, Geoffrey: Europe's Middle East Challenges**, in „The Washington Quarterly“ Winter 2003-04, pp. 163 ff.

Es ist auffällig, dass sich in letzter Zeit Beiträge mehren, die sich mit der Rolle Europas im Nahen/Mittleren Osten auseinandersetzen. Dabei hält sich der Direktor des strategischen Regionalprogramms am Nixon Center in Washington, D.C., nicht lange mit langatmigen Analysen und bei konjunktivischen Spekulationen auf: So wie die USA hochpolitische Beziehungen zu Mittelamerika unterhalten, so sehr sei Europa im Nahen Osten unabhängig von der Rolle Washingtons in dieser Weltgegend gefordert, dort liege seine Zukunft. Die amerikanischen Interessen im Persischen Golf dürften allerdings nicht unterschätzt werden.

Geoffrey Kemp plädiert dafür, Europa solle sich nicht mehr über die Dominanz der USA beklagen, sondern damit beginnen, seine eigenen Belange im europäischen Hinterhof wahrzunehmen, und zwar beim Kampf gegen den Extremismus im Rahmen einer Aufgabenteilung. Sie gilt für ihn in erster Linie für die Sicherung der Energieressource Öl. Parallel dazu müsse Europa die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung in der Region ermutigen, um den illegalen Wanderungsströmen nach Norden Einhalt zu gebieten. Wenn diese Aufgaben bislang keine zureichenden Ergebnisse erbracht haben, so liegen die Gründe für den Autor darin, dass die wichtigsten Herausforderungen nicht erkannt worden seien. Während Europa für Kemp bereits eine gemeinsame Außenpolitik für den israelisch-palästinensischen Konflikt gefunden hat – man staune! –, bleibt unabhängig von der Beseitigung Saddam Husseins die zivilgesellschaftliche Stabilisierung des Iraks eine offene Flanke: Der Autor wünscht sich die Koordinierung mit den USA, mit Großbritannien und der NATO – ein Ansinnen, das Europas einstigen Kriegswilligen mittlerweile große Kopfschmerzen bereitet.

Was die europäisch-israelischen Beziehungen angeht, steht für Kemp fest, dass die Politik Europas auf den kritischen Kurs ihrer öffentlichen Meinungen eingeschwenkt ist. Nicht anders ist das Bedauern zu verstehen, wonach die Regierungen Israel genauso viel Schuld wie den Arabern am Konflikt mit den Palästinensern beimessen. Der Autor führt diese Entwicklung darauf zurück, dass es in Europa keine starke jüdische Gemeinschaft gebe, die in Absprache mit evangelikalen Christen aus

ideologischen und theologischen Gründen das „Likud“-Konzept des „Groß-Israel“ in die Parlamente einbringt. Israel rangiere in Meinungsumfragen am unteren Ende der Skala, weil sich der Anstieg des Antisemitismus in den europäischen Eliten – wer ist damit gemeint: Politiker, Intellektuelle, Journalisten, Schriftsteller, Wissenschaftler, Kirchenleute? – in offener Feindschaft gegen Israel ausdrücke. Wie an anderen Stellen des Aufsatzes verschwendet Kemp auch hier keinen Gedanken an das Prinzip der kommunizierenden Röhren: Ist die Hypothese abwegig, dass die Politik Sharons den komplementären Metaphern „Die Welt redet, wir handeln“ und „Alle sind gegen uns“ folgt, wonach keine Rücksicht auf das Ausland genommen werden muss, ja darf? Wer auch nur oberflächlich die europäischen Medien beobachtet, wird überdies feststellen, dass palästinensischen Selbstmordattentaten ein weit größeres Gewicht in der Berichterstattung beigemessen wird als der Zahl der Opfer israelischer Militäraktionen in der palästinensischen Bevölkerung. Auch hier wäre es angemessen gewesen, wenn sich der Autor der Empirie verpflichtet gefühlt hätte, statt subjektive Eindrücke als Tatsachen zu präsentieren.

Der öffentlichen Meinungen ungeachtet, sieht Kemp drei unmittelbare Prioritäten: Europa und die USA sollten auf eine neue palästinensische Führung ohne Arafat dringen; beide Seiten müssten dafür sorgen, dass weltweit die Unterstützung aller terroristischen Gruppen ein Ende hat, und drittens: müsse Irans Nuklearwaffenprogramm neutralisiert werden. Die Zahl der „Halbwertzeiten“ mehrt sich; der Aufsatz hinkt der Entscheidung Teherans vom 18. Dezember 2003 hinterher.

Dagegen ist die Präsenz großer islamischer Bevölkerungsgruppen aus der arabischen Welt tatsächlich ein politisches, wirtschaftliches, soziologisches und Sicherheitsproblem, was den antijüdischen und antiisraelischen Extremismus unter ihnen angeht und den autochthonen Antisemitismus verschärft. Daraus hat die Europäische Union die Schlussfolgerung gezogen, den Beitritt der Türkei an die Voraussetzungen von Rechtsstaatlichkeit, die Beobachtung der Menschenrechte, den Respekt gegenüber und den Schutz von Minderheiten sowie an die Funktionstüchtigkeit der Marktwirtschaft zu binden. Hier vertraut der Autor darauf, dass türkische Fortschritte auf andere Teile der moslemischen Welt, insbesondere auf Iran, ausstrahlen. Woraus er diesen Optimismus

ableitet, wird zwar nicht deutlich, doch wünschenswert wären solche Entwicklungen allemal.

Die Überlegungen Kemps, die nicht zufällig mit der genuinen amerikanischen Aufforderung enden, Europa solle sein Gewicht bei der Modernisierung des Nahen/Mittleren Ostens stärker als bisher in die Waagschale werfen, unterstreichen noch einmal den Horizont, in dem sie angesiedelt sind: Es ist die politische Macht, die sich auf die militärische Überlegenheit stützt. Sie sollen die bestehenden Verhältnisse von Grund auf verändern. Das Beispiel der USA im Irak und das Vorgehen der israelischen Politik gegen die palästinensische Zivilbevölkerung zuletzt im südlichen Gazastreifen zeigt jedoch, wohin Interventionen dieser Art führen: zu schweren Menschenrechtsverletzungen und zu Verbrechen im Großmaßstab. Niemand sollte sie mit dem Hinweis auf „die anderen“ entschuldigen. Oder will man den Anspruch der moralischen Überlegenheit und des Monopols auf demokratiekonformes Verhalten zurückziehen? Dass sich Bush und Sharon gegenseitig als „Männer des Friedens“ bezeichnen, spricht für sich selbst.

*Reiner Bernstein*